

Ein Zeitzeugenbericht  
zu der ersten  
freien Volkskammerwahl  
vor zwanzig Jahren

# Der Demokratische Aufbruch und die Verfassungswirklichkeit am Ende der DDR

Brigitta Kögler

Am 7. Dezember 1989 trat der Zentrale Runde Tisch das erste Mal im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Herrnhuter Brüdergemeine zusammen, und am 12. März 1990 endete die Arbeit des Zentralen Runden Tisches mit der sechzehnten Sitzung im Schloss Niederschönhausen, dem ehemaligen Amtssitz des ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. Es war keine Artusrunde. Der Runde Tisch hatte keine parlamentarische und keine Regierungsfunktion. Die Idee vom Runden Tisch kam von der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. Der Vorschlag war von der katholischen, der evangelischen und der methodistischen Kirche aufgegriffen worden. Zum Schluss waren außer den starken oppositionellen Kräften wie „Demokratischer Aufbruch“ (DA), „Neues Forum“ (NF), „SDP“ und anderen auf der einen Seite die etablierten Parteien auf der anderen Seite paritätisch vertreten. Die einen wollten Neues begründen, die anderen Neues verhindern. Es kam unausweichlich zu einer ideologischen Gemengelage und auch zu heftigen Konfrontationen. Am 8. November 1989 war das Polit-Büro der SED geschlossen zurückgetreten. Am 11. November 1989 wurde Hans Modrow in geheimer Wahl, was seltsam genug ist in der deutschen Geschichte, als neuer Ministerpräsident „enthronisiert“, und am 17. November 1989 bildete er eine neue DDR-Regierung mit achtundzwanzig Ressorts.

Die Vorherrschaft der SED blieb ungeboren, auch das Ministerium der Staatssicherheit blieb erhalten, nur mit

neuem Namen als Amt für Nationale Sicherheit. Modrow verschwendete keinen Gedanken daran, etwa Vertreter der Opposition DA, NF oder SDP einzubeziehen, obwohl die Namen von Rainer Eppelmann und Bärbel Bohley in aller Munde waren. Modrow ignorierte den Zentralen Runden Tisch zunächst vollständig. Schließlich biederte er sich zum Zwecke des Machterhalts bei ihm an. Die Stimmung im Lande zwischen Rostock und Dresden, Erfurt und Eisenhüttenstadt nahm an Dramatik zu. Der Runde Tisch verhinderte in der Übergangszeit zwischen dem neu etablierten SED-Regime am 17. November 1989 und der ersten frei gewählten Volkskammer am 18. März 1990, dass das Land im Chaos versank. Er wendete sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit und forderte unüberhörbar von der Volkskammer und der Modrow-Regierung, informiert und einbezogen zu werden. Die Sitzungen des Runden Tisches wurden im Fernsehen übertragen. Resonanz: Nur die Opposition kann etwas ändern, aber nicht die erneuerte Vorherrschaft des SED-Regimes. Die Opposition, die sich Öffentlichkeit erzwungen hatte, konnte nicht mehr weggesperrt werden.

Am Runden Tisch wurde dennoch viel Zeit verschwendet. Allzu groß war die Freude darüber, dass es erstmalig möglich geworden war, kontroverse Ansichten, wie es mit der DDR weitergehen sollte, austauschen zu können. Die Stasi war immer noch aktiv mit ihrer Zielstel-

lung: die Opposition zu neutralisieren oder zu paralysieren oder für ihre eigenen Ziele zu gewinnen. Am 7. Dezember 1989 beschlossen die Vertreter der sieben oppositionellen Gruppen und der Volkskammerparteien die Erarbeitung eines Entwurfes einer neuen DDR-Verfassung.

Die Arbeit begann in der paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgruppe sofort, aber bald stellte sich heraus, dass die unterschiedlichen Vorstellungen über den Fortbestand des Staates DDR auseinanderdrifteten – sowohl innerhalb der Opposition als auch innerhalb der Vertreter der etablierten Parteien. Ich erinnere mich: Am 12. März 1990 war auf der sechzehnten und letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches ein Entwurf für eine Abstimmung nicht zustande gebracht worden. Gerd Poppe (IFM), aber nicht nur ihm, ging es ganz offensichtlich darum, die absehbare deutsche Einheit zu verhindern. Der Ausgang der Verfassungsdiskussion im Sinne von Gerd Poppe, Wolfgang Ullmann, Bärbel Bohley und anderen hätte die deutsche Einheit verhindert. Die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ war ein Konglomerat von unrealisierbaren Wünschen. Der Entwurf (Fragment) sollte in die Tätigkeit des zu bildenden Verfassungsausschusses der Volkskammer einbezogen werden – eine Wunschvorstellung, die ein demokratisch gewähltes Parlament zu realisieren schon nicht verpflichtet sein konnte. Dennoch kam es zur übergroßen mehrheitlichen Zustimmung am Runden Tisch. Die beiden bei der sechzehnten Sitzung anwesenden Vertreter des Demokratischen Aufbruchs (DA), Fred Ebeling und ich selbst, waren an einer der zwei Optionen, die das Grundgesetz für die Wiedervereinigung bot (Artikel 23 GG oder alternativ Artikel 146 GG), orientiert und stimmten dagegen. Ebenso stimmten Vertreter der SDP und der CDU dagegen. Wir konnten noch nicht wissen, dass es sich dabei um die zukünftigen Vertreter

der Großen Koalition handelte, die sechs Tage später, am 18. März 1990, in die Volkskammer gewählt werden würden. Der Runde Tisch brachte also nicht mehrheitlich den Willen des Volkes zum Ausdruck. Der Wille zur Veränderung einte uns oppositionelle Kräfte einerseits, aber die unterschiedliche Zielstellung brachte uns in Widerstreit. Ich wollte kein Sozialismus-Experiment neu aufleben lassen. Das Gute war, dass das DDR-Fernsehen die Sitzungen übertrug, und es gab wohl niemanden im Lande, der die Sitzungen des Runden Tisches nicht verfolgt hat. Es beflügelte die Menschen, dass diese Öffentlichkeit erstmalig möglich war. Man hatte weniger Angst. Wolfgang Ullmann von „Demokratie Jetzt“, der führend an der Erarbeitung der Runden-Tisch-Verfassung beteiligt war, den ich zwar schätzte, aber dessen Meinung ich nicht teilte, hatte kurz nach dem Mauerfall aufgeregt verkündet, die oppositionellen Kräfte müssten sich dafür einsetzen, dass die Grenze wieder geschlossen werde, da die DDR ansonsten wirtschaftlich zugrunde gehen werde. Ich konnte nicht verstehen, dass ihm die Wirtschaft der DDR so fremd war. Auch innerhalb des DA hatten sich die Gründungsmitglieder auseinanderdividiert. Am 17. Januar 1990 verkündete Friedrich Schorlemmer über die Medien, Kohls 10-Punkte-Programm sei die „größte Katastrophe nach Öffnung der Grenze“, und er sei nicht bereit, sich seine sozialistischen Ideen nehmen zu lassen.

### Eklat in Leipzig

Vorausgehend war es auf dem Parteitag des DA am 16./17. Dezember 1989 in Leipzig bereits zum Eklat gekommen. Der Vorsitzende Wolfgang Schnur leitete am 16. Dezember 1989 die Personalkommission, und ich selbst leitete die Programmkommission. Es waren sichtbar unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Der Programmkommission gelang die

Streichung des Sozialismusprogramms. Vom DA-Ortsverband Jena war mir ebenfalls mehrheitlich die energische Zielsetzung deutsche Einheit auf den Weg gegeben, aber auch an der Basis des DA waren die politischen Ziele auseinanderfallend, nicht nur des DA in Jena. Die Reaktion von Friedrich Schorlemmer war auf dem Leipziger DA-Parteitag aufgrund der Streichung des Sozialismusprogramms überdeutlich: Spaltung! Es gelang mir nicht, ihn zu überzeugen, und für programmatische Auseinandersetzungen war uns die Zeit nicht gegeben. Dabei war ich über Friedrich Schorlemmer, den ich am 1. September 1989 in Wittenberg getroffen hatte, zur DA-Gruppierung gekommen und hatte von ihm Ort und Uhrzeit des nächsten Treffens mit Eppelmann bei Ehrhart Neubert erfahren, das in dessen großer Wohnküche in der Wilhelm-Pieck-Straße in Berlin stattfand. Natürlich gab es auch in anderen Basisgruppen des DA kontroverse Vorstellungen, ob erneuerte sozialistische DDR oder deutsche Einheit.

### Schwierige Personalien

Der spätere Jenaer SPD-Oberbürgermeister Albrecht Schröter, der am 29. Oktober 1989 bei einem landesweiten Treffen des Demokratischen Aufbruchs im Evangelischen Königin-Elisabeth-Krankenhaus in Berlin als stellvertretender Vorsitzender des DA von Jena zugegen war (dieses Treffen gilt als der eigentliche Gründungstag des Demokratischen Aufbruchs), erklärte später, der DA sei eigentlich von Anfang an nicht seine politische Heimat gewesen. Das hatte ihn nicht daran gehindert, zunächst in Jena die Geschicke des DA als stellvertretender Vorsitzender in der Hand behalten zu haben. Seine Austrittserklärung erfolgte spektakulär auf einer Kundgebung in Jena, bejubelt von den politischen Gegnern. Geblieben ist die Betroffenheit an der Basis des DA in Jena. Am 29. Oktober 1989 hatte

der DA auf der Konferenz mit 200 Delegierten Wolfgang Schnur als Vorsitzenden mit 108 Stimmen und mich mit 111 Stimmen als stellvertretende Vorsitzende gewählt sowie Eppelmann mit zwanzig Stimmen und Edelbert Richter aus Weimar mit sechzehn Stimmen. Ehrhart Neubert als Mitinitiator des DA von Anfang an erzielte noch weniger Stimmen. In der vorangehenden Abstimmung über die sofortige Gründung des DA als Partei hatte ich mich ganz entschieden für diese Parteigründung ausgesprochen und damit die Stimmenmehrheit erreicht. Schnur hatte offensichtlich das Ziel verfolgt, den DA als Partei zu verhindern. Die Mehrheit der Delegierten wollte Klarheit, kein Zögern. Als wenige Tage vor der Volkskammerwahl unser Vorsitzender Wolfgang Schnur als IM enttarnt wurde, waren die Chancen auf eine eigenständige Partei mit Zukunftschance endgültig vertan.

### Anmeldung für die Wahlen

Die Uneinheitlichkeit der Zielstellung innerhalb des Vorstandes hatte die gerade erst gegründete Partei ohnehin geschwächt. Fast hätte der DA die Anmeldung für die Wahlen verpasst. Als ich Wolfgang Schnur zu einem Vorstandstreffen in Magdeburg nach einer Wahlkundgebung, einen Tag vor Anmeldeschluss, nach der Registriernummer beziehungsweise Bestätigung für diese Anmeldung fragte, wurde sein Unterlassen zur Gewissheit. War es ein Versäumnis, war es Absicht? Angela Merkel, die anwesend war, bat ich, die Anmeldung am folgenden Montag – es war der letzte Tag – nachzuholen, was sie erledigte. Eine Fußnote für Misstrauen und Vertrauen. Auf den Fortgang der Geschichte jedenfalls hatte es Einfluss. Zur Realität in dieser Zeit gehörte, dass es keine reale Chance für die oppositionellen Gruppierungen und Parteien gab, ein gemeinsames Programm für eine neue Volkspartei

zu entwickeln – ein Grund mehr, die DDR nicht in eine konföderative „Selbstständigkeit“ schlittern zu lassen.

Die Väter des Grundgesetzes hatten die Tür geöffnet für ein einheitliches Deutschland, und im Verlaufe von vierzig Jahren Bundesrepublik war verhindert worden, dass diese Tür zugeschlagen wurde. Eine Konföderation hätte nur der SED genutzt. Es war schwierig genug, schon am Runden Tisch zuzuschauen zu müssen, dass mehrheitlich nicht wahrgenommen wurde, dass die um den Machterhalt kämpfende Modrow-Regierung begonnen hatte, ihre SED-Kader wirtschaftlich abzusichern und einen „geordneten Rückzug“ anzutreten. Überstürzt waren Grundstücke und Häuser zu Niedrigpreisen an Mitglieder des Staatsapparates der SED und der gesellschaftlichen Organisationen verkauft worden. Sogleich wurde aber der Ausverkauf der DDR an den Westen thematisiert. Modrow wusste zu dieser Zeit nur zu gut, dass er der Verlierer sein würde, die Stimmung im Land konnte ihm nicht verborgen bleiben.

### Kalkuliertes und organisiertes Versehen

Ein Schachzug von Modrow war, aus den Reihen der Opposition am 15. Januar 1989 acht Minister ohne Geschäftsbereich in seine Regierung einzubeziehen. Die meisten waren von dieser Geste tief beeindruckt. Modrow hatte nach der Regierungsbildung erklärt, die DDR sei nicht in der Lage, einen Staatsetat für das kommende Jahr aufzustellen, weil die Regierung erst Ein- und Ausgaben durchrechnen müsse. In Wirklichkeit kannte Modrow den Schürer-Bericht bereits und damit den Staatsbankrott der DDR. Ich halte die Öffnung der Mauer für ein kalkuliertes und organisiertes Versehen. Angesichts der Wirtschafts- und Stimmungslage war Hilf- und Kopfllosigkeit am 8. November 1989 gegeben, als erst-

malig in der Geschichte das Zentralkomitee der SED geschlossen zurücktrat. Modrow setzte nunmehr auf eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik. Er nannte es selbst „Überlebensfrage“, was nichts anderes bedeutete, als erneut zur Stabilisierung der DDR zehn bis fünfzehn Milliarden DM zu verlangen, und zwar sofort und auf der Stelle und unabhängig von weiteren Verhandlungen. Die Einbeziehung der Minister ohne Geschäftsbereich aus der Opposition auf dem Bittgang nach Bonn sollte ebenso dem Machterhalt dieser Regierung dienen.

Zu dieser Zeit befasste ich mich mit dem Wahlgesetz und der verfassungsrechtlichen Gestaltung der Wiedervereinigung. Bereits im Januar 1989 hatte ich in Jena mit einer kleinen Gruppe, unter anderen zusammen mit dem Mathematik-Professor Gerd Wechsung von der Friedrich-Schiller-Universität, begonnen, die Verfassung der DDR und das Wahlgesetz zu überarbeiten. Ein anderer frühzeitiger Mitstreiter aus Jena ist der Wissenschaftler Walter Werner. Er hatte zwischenzeitlich sogar den Text für eine neue gesamtdeutsche Nationalhymne verfasst. Die im Januar 1989 zur Verfassungsproblematik und zum Wahlgesetz begonnene Arbeit galt es, unter Hochdruck fortzusetzen.

Die politische Entwicklung innerhalb nur eines Jahres war rasant, hatte sich von Woche zu Woche verändert – ein Domino-Effekt war entstanden, der nicht aufzuhalten war. Die alte Volkskammer hatte inzwischen eine Arbeitsgruppe „Wahlgesetzgebung“ ins Leben gerufen. Günther Drefahl (ehemals Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena und zu dieser Zeit Volkskammerabgeordneter für den Kulturbund) hatte mich für diese Arbeitsgruppe vorgeschlagen.

### Hoffnung auf Einheit

Der Aufbau der Strukturen des DA, die Arbeit am Wahlgesetz und an den verfassungsrechtlichen Grundlagen auf dem

Weg zur deutschen Einheit bedeutete in dieser Zeit Tag- und Nacharbeit. Der Runde Tisch selbst hatte für diese Arbeitsgruppe keinen Vertreter entsandt, zumal Modrow den Runden Tisch zunächst ignorierte, ebenso wie die Volkskammer. Es galt aber, in dieser Zeit auf wichtige Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Im Frühjahr 1989 war die deutsche Einheit noch nicht realistisch, aber die Hoffnung auf eine nationale und staatliche Einheit mir selbst immer gegenwärtig. Das Wiedervereinigungsgebot war in der Präambel des Grundgesetzes in der ursprünglichen Fassung von 1949 erhalten geblieben. Im Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz war das Fortbestehen der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit gegen vielfältigen bundesdeutschen Widerstand ebenfalls erhalten geblieben. Nach Errichtung der Bundesrepublik und der DDR waren auch nach vierzig Jahren Familienbindungen existent, wenn auch erschwert. Zwei deutsche Staaten waren für sich genommen ein Zustand, den ich ganz persönlich nicht akzeptierte. Es gab ein Staatsvolk mit gleicher Sprache, gleicher Abstammung, gleicher Kultur. Mehr als die Hälfte der DDR-Bürger hatten enge verwandtschaftliche Beziehungen zu Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland, und ein Viertel der Bundesbürger hatte Verwandte in der DDR.

Es gab in der Bundesrepublik eine funktionierende Gewaltenteilung. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte in einem Beschluss vom 21. Oktober 1987 (!), dem sogenannten Teso-Beschluss, noch einmal erneuert, dass das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit dies- und jenseits der Demarkationslinie daran festhalte, die Spaltung Deutschlands auf friedliche Weise zu überwinden und die volle staatliche Einheit wiederherzustellen. Der Beschluss des BVerfG – eine Vision, die zwei Jahre

später mit dem Fall der Mauer schon fast Realität war.

## Der Wille des Volkes

Die mehrheitliche Auffassung der Opposition und der Vertreter der Altparteien am Zentralen Runden Tisch stand zu diesem Zeitpunkt im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung. Unvergessen ist die Losung: Wir sind ein Volk! Der Zentrale Runde Tisch war Hoffnungsträger und nicht die Modrow-Regierung. Es durfte nicht überhört werden, dass die Wiedervereinigung vom deutschen Volk gewollt war. Unübersehbar lösten sich die Strukturen in der DDR auf, täglich verließen DDR-Bürger immer noch zu Hunderten das Land in Richtung Westen aus Angst, die Grenze könne wieder geschlossen werden, was selbst einige Vertreter der Opposition wünschten.

Die Arbeiten am Wahlgesetz und an den verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Wiedervereinigung waren im Wesentlichen ohne technische und nennenswerte organisatorische Grundlage. Die verfassungsgebenden Organe der DDR waren nur noch formell legitimiert. Die DDR-Verfassung war noch in Kraft, aber sie war in der DDR für das SED-Regime immer nur das Papier wert gewesen. Die Volkssouveränität hatte überhaupt keine Rolle gespielt, es gab nur einen bürokratischen Zentralismus. Die in der DDR-Verfassung enthaltenen Grundrechte wurden weder eingehalten, noch hätten sie eingeklagt werden können. Verfassungsbruch war das häufigste Delikt von Vertretern des Staates und der Einheitspartei, aber niemand wurde je dafür zur Verantwortung gezogen. Es gab kein Verfassungsgericht. Die Verfassungsrechtler in der DDR, die Professoren Jens-Uwe Heuer, Gerhard Haney, Gerhard Riege, Karl-Heinz Schöneburg, mussten die Realität doch ebenso kennen, aber sie hatten immer geschwiegen. Nach vierzig Jahren Sozialismus in der DDR erklärte Schöne-

burg: „Das Schlimme an dem ‚alten‘ Sozialismus in der DDR, der ja kein wirklicher Sozialismus war, das Schlimme war, dass die Kategorie ‚Widerspruch‘ auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens für hochverräterisch angesehen wurde.“

### Die Wahl am 18. März 1990

Ausgerechnet Karl-Heinz Schöneburg war von Vertretern des Runden Tisches beauftragt worden, als Experte seine neuen sozialistischen Verfassungsideen einzubringen. Natürlich mussten Heuer und Schöneburg konsterniert sein, dass eine neue Verfassung für die DDR von der am 18. März erstmalig demokratisch gewählten Volkskammer mit einem Federstrich abgelehnt wurde. Natürlich habe ich den Entwurf der Verfassung vom Runden Tisch, der im Übrigen nicht einmal ein Entwurf war, sondern ein Fragment, abgelehnt.

Nach der Wahl am 18. März 1990 hatte das Volk über die Staatsfrage erstmalig demokratisch frei entschieden: Es gab noch das Staatsgebilde DDR, das niemand mehr wollte. Die entscheidende Frage, die aus keinem Lehrbuch hätte beantwortet werden können, war: Worauf sollte der gerade gewählte Ministerpräsident Lothar de Maizière vereidigt werden?

Nach meinem Verständnis galt es, die Vereidigung auf die sozialistische Verfassung der DDR zu verhindern und eine neue DDR-Verfassung für einen neuen Staat in Kraft treten zu lassen, das wäre eine Panne historischen Ausmaßes gewesen. Allein dadurch wäre die deutsche Einheit verhindert worden. Richard Schröder (SPD) war als Fraktionsvorsitzender der SDP/SPD verunsichert, schließlich hatte er am Entwurf einer neuen Verfassung am Runden Tisch mitgearbeitet.

Natürlich musste nach Recht und Gesetz eine Vereidigung erfolgen, aber dazu bedurfte es keiner neuen Verfassung. Die damals heftigen Parlamentsdebatten endeten damit, dass zwar auf den Staat DDR und auf Recht und Gesetz Bezug genommen wurde, aber die Verfassung in die Eidesformel aufzunehmen konnte verhindert werden. In die Volkskammer waren Pfarrer, Ärzte und Ingenieure gewählt worden. Die wenigen Juristen waren der PDS zugehörig – mit wenigen Ausnahmen. Dass die Verfassung der DDR aus der Eidesformel verschwand, war richtungweisend für die regierungstragende Mehrheit des Parlaments.

### Entfernung des DDR-Emblems

Auf der siebten Tagung der Volkskammer am 17. Mai 1990 wurde weiter über die Verfassungsgrundsätze debattiert. Zum dominoartigen Abgang der DDR gehörte an diesem Tag auch, dass das Hammer-und-Zirkel-Emblem der DDR, das immer noch an der Stirnseite des Plenarsaales angebracht war, abgehängt wurde. Der Abgeordnete Voigt der DSU erklärte, begleitet von Beifall und Heiterkeit: „... Wir können doch nicht länger zirkeln, um mit wenigen Ähren (Ehren) unter den Hammer zu kommen. Ich kann nicht länger unter diesem Emblem hier stehen und mit diesem Zeichen übertragen werden.“ Am 31. Mai 1990 fasste die Volkskammer einen Beschluss, wonach das Emblem der DDR von allen öffentlichen Gebäuden entfernt wurde – alles musste seine Ordnung haben. Die Präsidentin der Volkskammer hatte Mühen mit den über 140 DDR-Botschaften in aller Welt wegen der ab 31. Mai 1990 nicht mehr gültigen Insignien der DDR. Wie sollte das gelöst werden? Es blieb dem jeweiligen Botschafter überlassen – aber auch dies gehört zu den Fußnoten dieser Zeit.